

Ortsverein Lorsch

Lorsch, 2019-06-06

Pressemitteilung

Marcel Claros neuer "Kronprinz" der Lorscher SPD

Brigitte Sander wurde noch einmal zur Vorsitzenden der Sozialdemokraten gewählt



Der leicht veränderte Vorstand der Lorscher SPD, vorne, v.l., Peter Velten (Kasse), Brigitte Sander Vorsitzende), Marcel Claros (stv. Vorsitzender), hinten, Andreas Fischer (Beisitzer), Christian Gärtner-Diehl (Beisitzer), Stefan Link (Schriftführer), Michael Gehlhar (Beisitzer), Marius Schmidt (Vorsitzender Unterbezirk Bergstraße).

Harmonisch verlief die Jahreshauptversammlung der Lorscher Sozialdemokraten in der Gaststätte "Zum Jäger aus Kurpfalz". Das lag wohl auch daran, dass das Thema SPD Bund ausgeklammert wurde.

SPD

Der Unterbezirksvorsitzende hatte in seiner Rede deutlich gemacht, dass er zur aktuellen Gesamtlage der Partei keinen Kommentar abgeben werde. "Davon gibt es schon genug".

Harmonisch verlief die Versammlung auch, weil Wahlleiter Norbert Weinbach ein leichtes Amt hatte, weil es bei den Vorstandswahlen ausreichend Kandidaten gab, für jede Position allerdings immer nur eine oder einen. Der engere Vorstand wurde geheim gewählt. Malu Weinbach und Frank Schierk fungierten als Wahlhelfer und zählten die Stimmen aus. Bis auf den Schriftführer wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten einstimmig gewählt. Für ein weiteres Jahr wurde Brigitte Sander gewählt. Da ihre seitherige Stellvertreterin Annette Hemmerle-Neber den Wohnort gewechselt hatte, wurde Marcel Claros zum neuen Vertreter gewählt. Er ist Bauingenieur und erst seit kurzer Zeit Mitglied der SPD. In die Partei sei er eingetreten, um sich gegen den vorhandenen Rechtspopulismus zu engagieren. Da er bereit sei, im kommenden Jahr für den Vorsitz zu kandidieren, erhielt er von einem Mitglied den Titel "Kronprinz".

Stefan Link wurde wieder zum Schriftführer gewählt und Peter Velten zum Kassierer. In offener Wahl wurden zu Beisitzern gewählt: Christian Gärtner-Diehl, Michael Gehlhar, Peter Moll, Jessica Roggenbuck und Andreas Fischer. Er ist neu in diesem Amt. Alle Vorstandsmitglieder, zu denen auch der Fraktionsvorsitzende Dirk Sander gehört, und die Beisitzer, ergänzt um Andreas Schulz und Dirk Römer, wurden zu Delegierten gewählt für den Unterbezirksparteitag im Oktober. Neue Kassenprüfer wurden Margret Böhne-Schnell, Frank Schierk und Andreas Schulz.

In ihrem Vorstandsbericht sprach Brigitte Sander von unruhigen Zeiten für die SPD, lobte den Koalitionsvertrag mit der CDU, die darin vorhandene Handschrift der SPD, die leider von der Bevölkerung nicht wahrgenommen werde. Daraus resultierten wahrscheinlich auch die schlechten Ergebnisse bei der Hessen- und der Europawahl. Vor Ort habe die SPD gute Arbeit geleistet. Dazu zählte sie unter anderem den Neujahrskaffee auf, mit Ehrungen, die Infostände vor Wahlen, Vorträge zu Themen wie Nahverkehr, Änderung der Hessischen Verfassung und die Änderung Straßenbeitragssatzung. Es gab eine Tabakführung, einen Tagesausflug nach Trier, ein Grillfest bei den Kleintierzüchtern, einen Ferienspieltag im Senckenberamuseum und es wurde vor den Wahlen die Info-Broschüre "Lorsch aktuell" verteilt. Der Kassenbericht von Peter Velten wies ein Plus auf. Die beiden Prüfer Nadja Hartmann und Michael Wiegand hatten dagegen nichts auszusetzen. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet.

Erstmals in seiner neuen Funktion als Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung berichtete Dirk Sander von personellen Veränderungen. Vor den kürzlich zurückgetretenen Stefan Link rücke Christian Gärtner-Diehl nach. Die Fraktionsarbeit sei anstrengend, da es keine festen Koalitionen gebe und bei Anträgen immer eine Mehrheit gesucht werden müsse. Da komme es zu wechselnden Mehrheiten



und nicht jeder Antrag werde angenommen. Dazu zählte er die Frage eines Bebauungsplans für die Nibelungenhalle. Es gebe unterschiedlich begründete Auffassungen ob renoviert oder neu gebaut werden solle. Der SPD-Antrag auf Planungskosten sei zunächst abgelehnt, später aber als Antrag der Verwaltung angenommen worden, um eventuell Landeszuschüsse zu erhalten. Die Idee der SPD, die Straßenbeitragssatzung zu ändern, wozu vor allem die Zusammenarbeit mit den Anliegern der Hirschstraße beigetragen habe, wurde auch zunächst abgelehnt, dann aber, nach einer Gesetzesänderung des Landtags doch angenommen. Jetzt schmückten sich einige Kommunalpolitiker mit fremden Federn. Es gäbe zahlreiche Vorschläge, wie Straßenbeiträge zukünftig finanziert werden sollten.

Die Themen Nibelungenhalle und Straßenbeiträge wurden auch in der späteren Diskussion ausführlich behandelt. Die Themen Sporthalle im Ehlried und bezahlbarer Wohnraum spielten bei der Diskussion auch eine Rolle. Die Frage zum bezahlbaren Wohnraum sei, ob die Bebauung im Innenstadtbereich weiter verdichtet werden könne. Man solle auch auf Einfamilienhäuser verzichtet und mehrgeschossig bauen. Notwendig sei eine Baugenossenschaft, die diese Aufgaben übernehmen könne. Es gebe auch einen neuen Stadtentwicklungsplan. Da müsse die SPD darauf achten, dass Lorsch nicht in Richtung Bensheim mit Gewerbegebiet zugepflastert werde, dass großflächiges Gewerbe entstehe mit wenigen Arbeitsplätzen.

Hans Jürgen Sander machte darauf aufmerksam, dass nicht nur in Lorsch sozialer Wohnungsbau privatisiert worden sei, dass die Kommunen es zuließen, aus ehemaligen Gewerbegebieten privates Bauland zu machen. Als Beispiel nannte er die Flächen des ehemaligen Autohauses Blust und auch einige im Lagerfeld. Diskutiert wurde auch die Frage der Streckenführung der ICE-Trasse. Marius Schmidt machte deutlich, dass der Kreis und die Kommunen an dem Plan festhielten, dass die Strecke zwischen Einhausen und Lorsch untertunnelt werden müsse.

Thema der Versammlung war auch das Jugendzentrum im Lagerfeld. Dort würden mehr Aktivitäten durchgeführt als in der Öffentlichkeit bekannt sei. Unter anderem werde auf dem Platz vor dem Haus auch Fußball gespielt. So etwas sei in einer renovierten Nibelungenhalle nicht möglich.

Marius Schmidt erklärte, dass Lorsch, Lampertheim und Bensheim der Ansicht seien, dass die Sparkasse ihre Gewinne ausschütten müsse. Das Geld werde in den Kommunen für soziale Zwecke benötigt. Es gehe nicht an, dass die Sparkasse so etwas allein mit Spenden bezahlen wolle. Er machte auch klar, dass sozialer Wohnungsbau davon abhänge, ob günstiges Bauland erworben werden könne. Lampertheim habe einen ersten Schritt getan mit der Errichtung von 66 neuen Wohnungen.

Ω

